

15./II. 1918.

15
84**Radoslawow über die politischen Tagesfragen.**

Der in Berlin weilende bulgarische Ministerpräsident Radoslawow äußerte sich zu einem Vertreter der „Bosf. Ztg.“

über die Bolschewiki:

Vor meiner Abreise von Sofia nach Brest-Litowsk hatte sich in mir auf Grund urkundlicher Tatsachen die Ueberzeugung festgesetzt, daß die Bolschewisten nicht gewillt sind, einen Friedensvertrag zu unterzeichnen. Der Bolschewismus ist nicht nur eine Gefahr für Rußland, sondern weiterhin eine gesamt-europäische, letzten Endes sogar eine Weltgefahr. Man soll sich doch nicht etwa bei der Entente einbilden, daß beim Ausbruch eines allgemeinen Weltbrandes nur das Nachbarhaus brennt und das eigene verschont bleibt. Läßt man den Bolschewismus blindwütig weiterziehen, so ist die gesamte west-europäisch-amerikanische Kultur in Gefahr. Die Flammen werden ohne Unterschied der Landesgrenzen überall hinüberzüngeln. Es liegt daher im gemeinsamen Interesse aller, dieser Weltgefahr ins Auge zu sehen und vorbeugende Maßregeln dagegen zu ergreifen. Trozli ist offenbar schon mit der Instruktion nach Brest-Litowsk zurückgekehrt, nicht zu unterzeichnen. Sonst hätte er nicht mit seiner Regierung alle Verträge mit seinen früheren Bundesgenossen für null und nichtig erklärt. Man kann nicht im selben Atem jeden Vertrag mit auswärtigen Mächten aufheben und einen neuen schließen. Was in Petersburg augenblicklich geschieht, ist nicht etwa Revolution, sondern Anarchie.

Ferner äußerte Radoslawow

über die polnische Krise:

Wir sind selbst ein werdender Staat und haben daher für den kommenden polnischen Staat volle Sympathien. Nur muß sich dieser polnische Staat auf den Boden der Wirklichkeit stellen. Gerade bei werdenden Staaten sind die Phantasien die schlechtesten, die Realitäten dagegen die besten Berater.

Ueber

die Stellung Rumäniens

meint Radoslawow:

Die Rumänen haben den vollen Ernst ihrer Lage bis auf den heutigen Tag noch nicht begriffen. Erst wenn die Kapitulation der rumänischen Armee Tatsache geworden sein wird, dann dürfte es an der Zeit sein, den Rumänen jenen Frieden zu geben, der ihren nationalberechtigten Ansprüchen entspricht.